

29.07.2008

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 24.07.2008

Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Sitzungsort:	Technisches Rathaus Roßlau, Gustav-Bergt-Str. 3, Raum 228

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Brumme, Kurt
Rumpf, Frank

Vertretung für Frau Lohde
Vertretung für Herrn Mau

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Geier, Erhard

Entschuldigt

Fraktion der SPD

Laue, Harald

Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM

Otto, Hans-Georg
Tonndorf, Klaus

Vertretung für Herrn Böhler
Vertretung für Herrn Hofmeister

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Dr.

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred

Vertretung für Herrn Dr. Neubert, Anwesend ab TOP 4

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie der form- und fristgerechten Ladung

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Bestätigung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurden auf Nachfrage von **Herrn Schönemann** keine Ergänzungen und / oder Änderungswünsche vorgebracht, so dass die Tagesordnung in der ausgereichten Form bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 02.06.2008

Zum Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 02.06.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es Bestätigung fand.

Abstimmungsergebnis:

3 : 0 : 4

2. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, des Ausschusses für Finanzen sowie des Jugendhilfeausschusses vom 11.06.2008

Zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, des Ausschusses für Finanzen sowie des Jugendhilfeausschusses vom 11.06.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

3 : 0 : 4

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.06.2008

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.06.2008 bat **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um eine Klarstellung hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 3.1 „Information zum Entwurf der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Schulbaumaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt (Schulbaurichtlinie des MK), einschließlich der Prioritätenliste“. Nach der Information der Beratungsergebnisse aus der Sitzung des Kulturausschusses vom 18.06.08, den Arbeitsauftrag an die Verwaltung betreffend, neben der Erarbeitung einer Übersicht, die die Gesamtsituation im Schulbereich abbilde, zur Hebung der Architekturqualität bei den Bauvorhaben im Schulbaubereich Gutachterverfahren bzw. Wettbewerbe einzubeziehen, sei seitens der Verwaltung eine Zusicherung erfolgt.

Nachdem **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, bestätigte, dass dieser Forderung nachgekommen werde, fand das Protokoll in der ausgereichten Form die Akzeptanz des **Herrn Dr. Schmidt**.

Abschließend bezeichnete **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, einen entsprechenden Kriterienkatalog als wichtiges Instrument der künftigen Arbeit.

Weitere Anträge zu Ergänzungen und Änderungen des Protokolls wurden nicht vorgebracht, so dass es zur Abstimmung gestellt wurde und Bestätigung fand.

Abstimmungsergebnis:

3 : 0 : 4

4. Bekanntgabe der Beschlüsse der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.06.2008

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über den im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung vom 24.06.08 gefassten Maßnahmebeschluss zur Wiederherrichtung einer Industriebrache, hier Fläche ehem. Junkalor Dessau-Roßlau. Die festgelegten Änderungen in der Vorlage wurden vor der Ausreichung für die Stadtratssitzung eingearbeitet. Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Der Vergabebeschluss zur Ausführung der Bauleistungen an der B 185, Orangeriestraße, Stadtanteil Los A - Straßenbau, Los B - Begrünung, Ausbau Knoten Am Hanfgarten/Anhalter Straße an die Fa. STRABAG AG, Dessau-Roßlau erfolgte einstimmig.

In Bezug auf das Förderprogramm "Soziale Stadt", wurde ein einstimmiger Beschluss zur Vergabe des Quartier- und Verfahrensmanagement an das Büro Westermann, Berlin / Magdeburg gefasst.

5. Öffentliche Informationsvorlagen

5.1. Information zur bauhistorischen Bedeutung von zwei denkmalgeschützten Bauten der Moderne auf dem Junkalorgelände Vorlage: DR/IV/060/2008/BL/Gr

Zur weiteren Erläuterung der durch seine Fraktion eingebrachten Informationsvorlage, bat **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um das Rederecht für Frau Markgraf.

Bedenken dagegen wurden nicht geäußert, so dass **Frau Markgraf, Vorsitzende des Vorstandes von DOCOMOMO Deutschland e. V.**, eingangs mit der Dokumentation und der Erhaltung von Bauten und Siedlungen der Moderne die Ziele der Vereinigung DOCOMOMO darstellte. Detaillierte Erläuterungen gab sie zur Baugeschichte, den Alleinstellungsmerkmalen und den Potentialen der Stahlamellenhalle und des Verwaltungsgebäudes auf der Fläche des zu revitalisierenden Junkalorgeländes. Hier gelte es, die wichtigen Zeugnisse des neuen Bauens in Dessau sowie der modernen Architektur nach der Bauhauszeit zu erhalten und eventuell in die Konzepte des Technikmuseums bzw. der Bauhausbauten einzubeziehen. Diesbezüglich sind alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren. Abschließend verwies sie auf den Aufruf des Herrn Dr. Butter – veröffentlicht u. a. auf der Homepage von DOCOMOMO – dem bereits zahlreiche Persönlichkeiten durch Unterschriftsleistung gefolgt seien.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, dankte für die ausführlichen Erläuterungen. Frau Markgraf habe mit ihrem Beitrag bei den Anwesenden offene Türen eingerannt. Verständigungen zur weiteren Vorgehensweise seien bereits erfolgt, wie sie auch dem Schreiben des Herrn Oberbürgermeister Koschig entnehmen könne.

Dem Dank seines Vorredners anschließend, bewertete **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, die Thematik einer Sondersitzung des Bauausschusses angemessen. Die Verwaltung sei sich über den Wert der Gebäude seit langem im Klaren. Zur weiteren Diskussion schlug er vor, eine der nächsten Sitzungen des Gremiums zu nutzen, sich über die Bauwerke vor Ort zu informieren. Er verwies auf die Schwierigkeit, dass das Gelände bislang nicht in städtischen Besitz gelangt sei, dass das öffentliche Interesse als sehr hoch zu bewerten, jedoch eine Lösung zur Finanzierung des Erhalts bislang nicht gefunden sei. Was die Lamellenhalle betreffe, seien die Bestrebungen, eine Nutzung unterzubringen bereits weit fortgeschritten. Der bauliche Zustand des Verwaltungsgebäudes erschwere diese Bemühungen jedoch.

Bereits am 18.06.08 habe man sich vor Ort mit Vertretern von ICOMOS über den Zustand der Gebäude überzeugen können. Übereinstimmend kam man zu der Überzeugung, dass ohne eine nachhaltige Nutzung, keine Alternative zum Abriss gesehen werde. Appelle allein werden nicht ausreichen, hier sei die intensive Arbeit aller Beteiligten nötig.

Nachdem **Herr Schönemann** diese Bemühungen als weitere Bausteine zur Wiederbelebung der Industriekultur der Stadt beschrieb, nannte **Herr Dr. Schmidt** die Einwerbung von Unterstützung auf vielen Ebenen als vordringlichstes Ziel zur Schaffung einer langfristigen Struktur für die Nutzung.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur **Kenntnis genommen.**

5.2. Bericht zum Stand des Bauvorhabens "Biogasanlage in der Lukoer Straße" im OT Roßlau **Vorlage: DR/IV/066/2008/VI-61**

Die zur Diskussion stehende Vorlage diene, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, der ausführlichen Information über den aktuellen Sachstand zur geplanten Errichtung einer Biogasanlage am Standort Lukoer Straße.

Auf Nachfrage des **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, über die weiteren Schritte im Genehmigungsverfahren, erläuterte **Frau Jahn**, dass vorgesehenen sei, in der Bauausschusssitzung im August den Aufstellungsbeschluss für das vorhabenbezogene Bauleitplanverfahren zur Abstimmung vorzulegen.

Er hätte sich bei der Standortsuche eine weiter reichende Alternativenprüfung gewünscht, so **Herr Schönemann**, und übergab das Wort an **Herrn Evels, proJect-plan GmbH Binnen OT Bühren**, als Vertreter des Planers der Biogasanlage, der die Standortsuche anhand verschiedener Randbedingungen erläuterte. Für den Standort Lukoer Straße spreche, dass die geplante Strom- und Wärmeerzeugung wegen der Nähe zum Ort äußerst wirtschaftlich zu gestalten sei. Zu den Emissionsverhalten der Anlage gab er weiter gehende Erläuterungen.

Auf Nachfrage des **Herrn Brumme, CDU-Fraktion**, nach dem Anschluss an das Fernwärmenetz, erklärte **Herr Evels**, dass die Verlegung von Rohrleitung im Erdreich in einer Gesamtlänge von ca. 800m bis zur Einspeisestelle in das Fernwärmenetz geplant sei.

Seine eigenen Erfahrungen mit den Emissionen einer solchen Anlage seien nicht entscheidend für seine Ablehnung, erklärte **Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**. Eher sprechen die Geruchsbelästigungen beim Transport und der Lagerung sowie die Straßenbeschaffenheit der Zufahrtswege dagegen.

Im Hinblick auf den Zustand der Berliner Straße hinterfragte **Frau Müller, Ortsbürgermeisterin Roßlau**, eventuell geplante Geschwindigkeitsbegrenzungen oder Ausbauleistungen aufgrund der zusätzlich zu erwartenden Belastungen aus dem Zulieferverkehr.

Den katastrophalen Zustand der Berliner Straße bestätigend, meinte **Herrn Brumme**, dass die Grenze der Belastung bereits überschritten sei. Mit Hinweis auf die Veröffentlichung der Mitteldeutschen Zeitung beschrieb er das bislang abgelaufene Verfahren als bedenklich und sprach dem Vorhaben die Akzeptanz der Bevölkerung ab. An die Stadträte gewandt, bat er um sorgfältige Abwägung der Interessenslagen.

Die Entwicklung der Stadt sei zukunftsfähig zu gestalten, so **Herr Schönemann**, und die Möglichkeiten seien offen zu gestalten.

Die Unterstellung, dass hier heimlich ein Vorhaben umgesetzt werden sollte, sei nicht richtig, widersprach **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Im Rahmen der Standortsuche seien dem Investor alternative Angebote unterbreitet worden und im Rahmen des BImSch-Verfahrens sei die Beteiligung der Öffentlichkeit verankert. Ebenso dürfe man nicht außer Acht lassen, dass der Flächennutzungsplan als vorbereitende Bauleitplanung für diesen Bereich ein Gewerbegebiet in weitaus größeren Dimensionen vorsehe. Im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens werde im weiteren Bauleitplanverfahren eine Abwägung der unterschiedlichen Interessenslagen durchgeführt.

In der weiteren Diskussion stellte **Herr Evels** die in der Vorlage enthaltenen Mengenströme zur Anlage dar und wertete sie als Chance für die sicher notwendige Aufwertung einzelner Straßenbereiche, die als Angebot für weitere Ansiedlungen am Standort eine beträchtliche Rolle spiele.

Auf Antrag des **Herrn Brumme** zur Erteilung des Redrechts für Herrn Dammann, fragte **Herr Schönemann**, im Sinne eines offenen Dialoges, unabhängig von den Festlegungen der Geschäftsordnung, nach Vorbehalten seitens des Gremiums. Diese wurden nicht vorgebracht.

Herr Dammann bekräftigte Herrn Grögers Ausführungen zum Flächenutzungsplan und erhob hierzu auch keine Beanstandungen. Diese hege er jedoch hinsichtlich der zu erwartenden Verkehrsströme auf der Berliner und Lukoer Straße sowie der Geruchsbelastungen. Er verwies auf persönliche Gespräche im Landesverwaltungsamt, die ergaben, dass eine Prüfung des Vorhabens in Bezug auf die Verkehrs- sowie die Geruchsbelastungen nicht wahrgenommen werde. Die Entscheidung liege demnach bei der Stadt. In Anbetracht des einen Arbeitsplatzes, der bei der Ansiedlung entstehe, appelliere er an die Entscheidungsträger, die Unterschriften von 2.000 Anwohnern nicht zu ignorieren.

Zur Klarstellung der Genehmigungsverfahren erläuterte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass das städtebauliche, bauleitplanerische Verfahren zur Schaffung des Planungsrechts eine Prüfung der Erschließung und der Auswirkungen des Vorhabens beinhalte. Unter Führung der Stadt werde nach Beteiligung der Öffentlichkeit eine Abwägung durchgeführt. Im BImSch-Verfahren werde geprüft, welche Beeinträchtigungen durch die Anlage selbst ausgehen. Der Nachweis der Berührung berechtigter Interessen sei in jedem Fall zu führen.

Mit dem Verfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit sind die beschriebenen Bedenken auszuräumen, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Wichtig für den Wirtschaftsstandort sei der Gleichbehandlungsgrundsatz für Investitionsvorhaben. Die vorgebrachten Be-

denken seien zu prüfen und in den Abwägungsbeschluss einzubeziehen. Es sei der richtige Weg, den Aufstellungsbeschluss für das Bauleitplanverfahren für den nächsten Sitzungstermin des Gremiums vorzubereiten.

Für **Herrn Tonndorf** blieben immer noch die Fragen der genauen Wege zur Anlage mit Darstellung der genauen Mengen sowie die Geruchsbelästigungen infolge der Zwischenlagerung offen.

Zu den Transportwegen und den Mengenangaben werde man eine Konkretisierung erarbeiten und sie dem Gremium zur Verfügung stellen, sagte **Herr Evels** zu. Dass bislang der direkte Kontakt nicht gesucht wurde und man sich heute zum ersten Mal gegenüber sitze, bezeichnete er als negative Seite. Auch sei die Unterschriftensammlung mit falschen Informationen behaftet, was die Zusammenarbeit mit den Anwohnern sowie dem Ortschaftsrat behindere. Sollten offene Fragen im Raum stehen, bat er um direkte Kontaktaufnahme und warb für einen fairen Umgang miteinander.

Auf Nachfrage des **Herrn Rumpf, CDU-Fraktion**, nach der Kopplung des Preises für das Biogas an den Ölpreis, erklärte **Herr Evels**, dass keine direkte Kopplung an den Ölpreis erfolge, sondern dass die Preisfindung sich an den Lebenshaltungskosten orientiere und damit ungefähr 30 % unter dem Ölpreis liege.

Herr Rumpf schlug vor, die Vertreter der Stadtwerke in die weitere Diskussion einzubeziehen, um die Auswirkungen umfassender darzustellen. Für das Gewerbegebiet sei die Erschließung generell zu klären bzw. eine Änderung des Flächenutzungsplanes in Erwägung zu ziehen.

Abschließend dankte **Herr Schönemann** für die sachliche Diskussion und empfahl dem Ortschaftsrat und der Bürgerinitiative das Angebot zur Besichtigung einer Biogasanlage anzunehmen.

Die Informationsvorlage wurde zur **Kenntnis genommen**.

5.3. Information über den Beschluss zur Fortführung der Planung für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Freizeit-, Vereins- und Schulsport am Gymnasium "Philanthropinum" **Vorlage: DR/BV/256/2008/V-40**

Eingangs stellte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, Frau Dr. Beeck vor, die verantwortlich zeichnet für den Entwurf der neuen Turnhalle für das Gymnasium Philanthropinum. Das an das ehemalige AOK-Gebäude angedockte Bauwerk werde entscheidend zur weiteren Stärkung im Quartier Wallstraße beitragen.

Die Vorlage eines Maßnahmebeschlusses auf der Grundlage der vorliegenden Vorplanung sei aufgrund des ausstehenden Nachweises der Finanzierung des Vorhabens nicht möglich, stellte **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dar. Die beiden potentiellen Fördermittelgeber - Sportförderung und Stadtumbau – haben in den vergangenen Gesprächen erklärt, dass sie zur Festlegung der Förderquoten mit der Zuwendungsunterlage-Bau eine weiter gehende Planungsunterlage benötigen. Nach dem derzeitigen Stand könne man von einer 75 ... 80 %-igen Förderung ausgehen. Zeitlich plane man, das Gebäude während der Internationalen Bauausstellung 2010 zu eröffnen.

Ausgehend von dem Leitgedanken der Stadt „Urbane Kerne und Landschaftliche Zonen“ sei es nach Aussagen von **Frau Dr. Beeck, Stiftung Bauhaus Dessau**, wichtig, nach den Fortschritten im Landschaftszug der Stärkung der Kerne mehr Bedeutung beizumessen. Nach Erläute-

rung der unterschiedlichen Kriterien, die zu einer Stärkung führen, beschrieb sie mit den verschiedenen Anforderungen an die Fassaden des Bauwerks das Grundkonzept des Vorentwurfs. Unter anderem wegen der Reduzierung der Schulhoffläche und der weiter gehenden Nutzbarkeit wurde dem Dach als fünfte Fassade ein Hauptaugenmerk bei der Entwurfsbearbeitung beigemessen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, machte in seinen Äußerungen deutlich, wie stark das Quartier bereits gewonnen habe. Der nun vorgelegte Entwurf weise einen weiteren Schritt nach vorn und qualifiziere den städtischen Beitrag zur Internationalen Bauausstellung.

Die Herleitung des Entwurfs als interessant bezeichnend, sprach **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dem Entwurf eine Unterordnung im Quartier mit der Schaffung eigener Akzente zu. Die Nutzung der Dachfläche sei für ihn jedoch nicht nachvollziehbar. Fehlende Fläche könne das Argument nicht sein, so dass der zusätzliche Bedarf nicht schlüssig sei. Auch die öffentliche Nutzung sei schwierig in der Umsetzung. In der weiteren Planung sei dieser Aspekt zu prüfen. Bei Entlastung der Dachflächen sei – auch unter dem Kostengesichtspunkt betrachtet – eine filigranere Ausbildung der Dachkonstruktion möglich.

Die öffentliche Nutzung der Dachfläche sei sicher ausgeschlossen, eine eventuelle Nutzung für Events soll man aber in Betracht ziehen, erklärte **Herr Bekierz**. Das Platzproblem für den Schulhof, der auch künftig eingezäunt bleiben werde, bestehe jedoch. Angesichts der Dachkonstruktion, vor allem in Bezug auf die Höhe der Binder, bezeichnete er die Forderungen aus dem Brandschutz als Ursache für die Dimensionierung und nicht die Last aus der Dachnutzung. Das Ziel, die Proportionen mit denen des AOK-Gebäudes abzustimmen, sei erreicht worden.

Die Dachansicht sei darüber hinaus wichtig, so **Herr Bähr, FDP-Fraktion**, da ringsum hohe Wohngebäude stehen und die Dachfläche demnach eine wichtige Umgebungsansicht darstelle. Er bat um Bestätigung der Kosten, die in der Vorlage mit 3 Mio. € dargestellt seien.

Im Vergleich führte **Herr Bekierz** den Neubau der Turnhalle in Kochstedt an, die mit 2,6 Mio. € Baukosten zu Buche stehe. Dass man hier bereits Nutzungen im AOK-Gebäude untergebracht habe, wirke sich auf die Kosten mindernd aus. Aufgrund von Kostenvergleichen kann man davon ausgehen, dass das hier vorgestellte Vorhaben ca. 14 % über den Kosten einer Turnhalle wie in Kochstedt liege. Das sei aber dem Standort und der Aufgabe angemessen.

Weiterer Gesprächsbedarf wurde nicht geäußert.

Die Informationsvorlage wurde zur **Kenntnis genommen**.

6. Öffentliche Beschlussvorlagen

6.1. Bauvoranfrage zur Errichtung eines Lebensmittelmarktes (kleiner als 800 m² Verkaufsfläche) auf dem Grundstück Heidestr. 125 Vorlage: DR/BV/272/2008/VI-61

Einführungsbedarf bestand seitens des Gremiums nicht.

Die Möglichkeit der Umlenkung der Investition in den Standort Kreuzbergstraße hinterfragte **Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**.

Eine Abstimmung mit dem Investor sei sicher möglich, antwortete Frau **Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**, jedoch sei die Eigentumsfrage das entscheidende Kriterium.

Man habe hier den Standort Heidestraße zu bewerten, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Eine Information zum Gesprächsergebnis könne man zu gegebener Zeit dem Gremium geben.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Der Beschlussvorschlag wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1. Informationen des Dezernats für Bauwesen und Umwelt

7.1.1. Überarbeitung der Planungen für den Bauhausplatz

Mit Verweis auf die ausgereichte Tischvorlage und die Veranstaltungen zur Information der Bürger über das geplante Bauvorhaben, übergab **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, das Wort an **Frau Jung, Tiefbauamt**, die die Ergebnisse der letzten Bürgerinformation am 08.07.08 wiedergab. Auf der Grundlage der bei der ersten Bürgerinformation durch die Anwohner des Bauhausplatzes gegebenen Hinweise habe das Büro Mann den Entwurf für die Platzgestaltung überarbeitet und nochmals öffentlich zur Diskussion gestellt. Die Errichtung zusätzlicher Verweil- und Pflanzflächen und das teilweise Belassen vorhandener Bäume stieß auf überwiegende Akzeptanz der Bürger. Frau Jung bat abschließend um Bestätigung der vorliegenden Arbeitsrichtung, um den engen Zeitplan für Umsetzung bis zur Internationalen Bauausstellung im Jahr 2010 nicht weiter zu belasten.

Herr Bürgermeister Gröger verwies nochmals auf die Mitwirkung der Öffentlichkeit im Wettbewerbsverfahren. Einerseits werde die Forderung nach Gutachterverfahren und Wettbewerben aufgemacht, andererseits mangle es häufig an der Akzeptanz der Juryentscheidung in der Öffentlichkeit. Durch das weitere Verfahren zur Vorstellung des Vorhabens und die Diskussion mit den Anrainern, gehe man nun in das Risiko die Fördermittel nicht zeitgerecht umsetzen zu können. Auch er plädierte für die Zustimmung des Gremiums, um Schaden von der Stadt abzuwenden.

Der Druck entstünde durch die Finanzproblematik, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Nun sei aber eine, im Vergleich zum Ursprungsentwurf, deutliche Veränderung zu verzeichnen, die auch im Zusammenhang mit dem neu zu gestaltendem Bauhausumfeld, die Akzeptanz der Anwohner finden werde.

Die Information wurde zur **Kenntnis genommen** und die vorgeschlagene Arbeitsrichtung zur Neugestaltung des Bauhausplatzes bestätigt.

7.2. Sonstige Anfragen und Informationen

Als Gäste der heutigen Sitzung, die eigentlich als Sondersitzung der Thematik Spielscheune vorbehalten war, begrüßte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen**

und Umwelt, Frau Hauschild und Herrn Neldner, die als Interessenten für einen Indoor-Spielplatz in der Schultheiss-Brauerei vorgeschrieben haben. Mit dem Brauhausverein habe man bereits Grundsatzverständigungen geführt und deutlich gemacht, dass die Stadt dieses Vorhaben begleiten werde, jedoch finanzielle Unterstützung nicht erwartet werden könne.

Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen, zeigte sich erfreut über diese Entwicklung und bezeichnete die Brauerei als geeigneten Standort für ein solches Vorhaben.

Nach dem Hinweis des **Herrn Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass, entgegen der Veröffentlichungen in der Presse, Rodleben bereit gewesen wäre, finanzielles Engagement in Dessau zu zeigen, verlieh auch **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**, seiner Freude Ausdruck, dass Rodleben diese Entwicklung angestoßen habe.

Auf Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt** zum Sachstand im Bauvorhaben zur Errichtung eines Erdgasröhrenspeichers, erklärte **Frau Franzke, Bauordnungsamt**, dass in der Festlegung der Zuständigkeit für die Genehmigung des Vorhabens weiterhin Klärungsbedarf bestehe. Ein Baustopp sei nicht erteilt worden. Die Stellungnahmen lägen vor, notwendigen Prüfungen seien erfolgt, die Gefährdungen werden als unbegründet eingeschätzt. Jedoch stehen die Festlegung der Genehmigungsinstanz und die abschließende Prüfung noch aus.

Im Zusammenhang mit dem in einer der letzten Sitzungen kommentarlos ausgereichten Energiebericht, bat **Herr Dr. Schmidt** um die Vorstellung der Thematik in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses. Dies wurde durch **Herrn Bürgermeister Gröger** und **Herrn Bekierz** aufgrund des Umfangs der Tagesordnung am 26.08.08 für die folgende Sitzung am 07.10.08 im Zusammenhang mit einer Vorlage zur Prioritätensetzung der städtischen Objekte für die Umsetzung der Festlegungen der Energieeinsparverordnung zugesagt.

Vor dem Hintergrund der anstehenden Diskussion des Haushalts 2009 und der notwendigen Prioritätensetzung für die anstehenden Investitionen im Hoch- und Tiefbaubereich, regte **Herr Dr. Schmidt** an, eine Informationsvorlage zur Darstellung der Maßnahmen dem Gremium vorzulegen. **Herr Bürgermeister Gröger** antwortete, dass er sich dazu im nichtöffentlichen Teil äußern werde.

Mit Blick auf die heutige Diskussion zur Berliner Straße, deren Zustand und zu erwartende Verkehrsbelastungen, sei es dringend geraten, so **Herr Brumme, CDU-Fraktion**, eine fachliche Begutachtung und eine Bewertung durchzuführen, um die richtigen Schlussfolgerungen ziehen zu können und Maßnahmen einzuleiten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, empfahl die Einordnung in die erste Priorität für Straßenbaumaßnahmen des Ortschaftsrates Roßlau.

Auf Nachfrage des **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, zur Verkehrserschließung des Bauhausviertels aus Richtung Stadt kommend mit zusätzlicher Linksabbiegerspur, gab **Frau Smeilus, Tiefbauamt**, die Erläuterungen des Herrn Richter, Amt für Ordnung und Verkehr, aus der Ausschusssitzung am 24.06.08 wieder, der dieses Möglichkeit wegen der indirekten Einbahnstraßenregelung ablehnend beurteilte. Die mündlichen Ausführungen des Herrn Richter werden der Fraktion in schriftlicher Form ausgereicht, sagte **Herr Bürgermeister Gröger** zu.

Zur Behandlung der Beschlussvorlage zum Zentrenkonzept informierte **Herr Schönemann** mit dem 04.09.2008 über den voraussichtlichen Termin im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Bau- und Wirtschaftsausschuss.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen geäußert wurden, beendete der **Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt, Herr Schönemann**, den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um 19:35 Uhr.

Dessau-Roßlau, 29.07.2008

Ralf Schönemann
Vorsitzender des
Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

- Anwesenheitsliste